

**Kleine Anfrage**

Vanessa Gronemann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und Julia Herz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Polizeiliche Kontrollen in Prostitutionsstätten**Vorbemerkung Fragestellerinnen:**

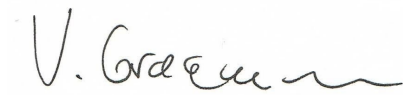
Das im Jahr 2017 verabschiedete Gesetz zur Regulierung des Prostitutionsgewerbes sowie zum Schutz von in der Prostitution tätigen Personen – Prostituiertenschutzgesetz (ProstSchG) wurde mit dem Ziel verabschiedet, die in der Prostitution tätigen Menschen besser vor Gewalt, Ausbeutung und Menschenhandel zu schützen, ihre gesundheitliche Versorgung zu verbessern und ihre Selbstbestimmung zu stärken. Die Umsetzung des Gesetzes ist Aufgabe der Länder und wird in Hessen durch die Verordnung zur Bestimmung von Zuständigkeiten für den Vollzug des Prostituiertenschutzgesetzes (ProstSchGZustV) vom 24. Januar 2018 geregelt. Die Bekämpfung von Menschenhandel und Ausbeutung ist eine wichtige staatliche Aufgabe. Gleichzeitig gibt es eine rechtsstaatliche Verpflichtung der Behörden zu einem respektvollen, verhältnismäßigen und menschenwürdigen Vorgehen gegenüber den Betroffenen. Vor diesem Hintergrund ist die parlamentarische Kontrolle der polizeilichen Einsätze in Prostitutionsstätten notwendig.

Wir fragen die Landesregierung:

1. In welchen Prostitutionsstätten fanden in den letzten 5 Jahren groß angelegte polizeiliche Kontrollen (Razzien) statt. Bitte hierbei sowohl die Prostitutionsstätte, als auch das Datum des Einsatzes angeben?
2. Nach welchen Kriterien entscheidet sich, ob eine Razzia in einer Prostitutionsstätte durchgeführt wird?
3. Wie stellt die hessische Polizei sicher, dass bei einer Razzia seitens der eingesetzten Beamten und Beamtinnen ein respektvolles, verhältnismäßiges und menschenwürdiges Vorgehen gegenüber den in den Prostitutionsstätten tätigen Frauen sichergestellt ist?
4. Gibt es spezielle Schulungen zum Umgang der Einsatzkräfte mit potentiellen Opfern von Schleusern und Menschenhandel in Prostitutionsstätten?
5. Wie stellt die hessische Polizei sicher, dass trotz vorhandener Sprachbarrieren, die in den Prostitutionsstätten tätigen Frauen ordnungsgemäß über das Vorgehen und ihre Rechte aufgeklärt werden?
6. Werden die Beamtinnen und Beamten bei den Einsätzen unmittelbar von Dolmetscherinnen oder Dolmetschern begleitet?
7. Werden seitens der hessischen Polizei Beratungsstellen eingebunden, um bei Razzien in Prostitutionsstätten den Schutz der Opfer sicherzustellen? Falls ja, bitte auflisten welche Beratungsstellen bei welchen Einsätzen eingebunden werden/waren.
8. Wie bewertet die Landesregierung den Austausch mit den Beratungsstellen, insbesondere hinsichtlich möglichen Fehlverhaltens der Einsatzkräfte gegenüber den in den Prostitutionsstätten tätigen Frauen?

9. Hat die Landesregierung Erkenntnisse darüber, dass Frauen bei Razzien kriminalisiert wurden und es hierbei zu körperlich grobem Verhalten der Einsatzkräfte kam? Falls ja, bitte auflisten, bei welchem Einsatz dies der Fall war.
10. Hat die Landesregierung Erkenntnisse darüber, dass Frauen bei solchen Razzien bei Kälte leicht oder nur halb/wenig bekleidet auf die Straße gebracht werden? Falls ja, bitte auflisten, bei welchem Einsatz/ bei welchen Einsätzen dies der Fall war.

Wiesbaden, 11.08.2026



Vanessa Gronemann



Julia Herz